



16. Januar 2013

Postulat

von Peter Küng (SP)
und Michèle Halser (EVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er seinen Einfluss dahingehend geltend machen kann, dass die Stadt Zürich und ihre Institutionen – insbesondere die Unfallversicherung der Stadt Zürich (UVZ) und die Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) – nicht in Firmen investieren, welche Waffen produzieren oder damit handeln.

Begründung:

Über die Anlage der Gelder der PKZH hat der / die einzelne Versicherte keinen direkten Einfluss, im Falle der UVZ überhaupt keine Einflussmöglichkeit. Um so wichtiger ist es, dass die Anlagepolitik nicht nur in ökonomischer, sondern auch in ethischer Hinsicht einwandfrei ist. Keine Arbeitnehmerin und kein Versicherter soll darauf angewiesen sein, Leistungen zu beziehen, deren Mittel aus der Produktion oder dem Verkauf von Waffen stammen. Der Stadtrat nimmt Einsitz in beiden Gremien und ist im Falle der UVZ auch für die Aufsicht über die Kasse verantwortlich.